



Regierungsratsbeschluss vom 19. Juni 2018

Projekt GGG Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge; Staatsbeitrag für das Jahr 2018; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung

P180205

1. Für die Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge der GGG Basel werden für das Jahr 2018 Ausgaben für einen Staatsbeitrag in der Höhe von maximal Fr. 94'010 bewilligt.
2. Der Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und der GGG Basel für das Jahr 2018 wird genehmigt.
3. Für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge der Offenen Kirche Elisabethen Basel werden für das Jahr 2018 Ausgaben für einen Staatsbeitrag in der Höhe von maximal Fr. 56'000 bewilligt.
4. Der Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und der Offenen Kirche Elisabethen Basel für das Jahr 2018 wird genehmigt.

Begründung

Mit den beiden Organisationen GGG Basel und der Offenen Kirche Elisabethen konnten Vereinbarungen für das Jahr 2018 finalisiert werden, welche den Austausch zwischen Flüchtlingen und Zivilgesellschaft und die Integration von Geflüchteten weiter stärken. Sie leisten im öffentlichen Interesse einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Einbezug der Bevölkerung ist ein wesentlicher Bestandteil bei der Integrationsförderung von Flüchtlingen und wird auch seitens Bund im Rahmen der kürzlich veröffentlichten Integrationsagenda zusehends eingefordert. Der Regierungsrat begrüsst ein koordiniertes zivilgesellschaftliches Engagement und befürwortet die beiden Staatsbeiträge für das laufende Jahr 2018.

